

Zeitschrift: Die Schweiz : schweizerische illustrierte Zeitschrift
Band: 25 (1921)

Rubrik: Illustrierte Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

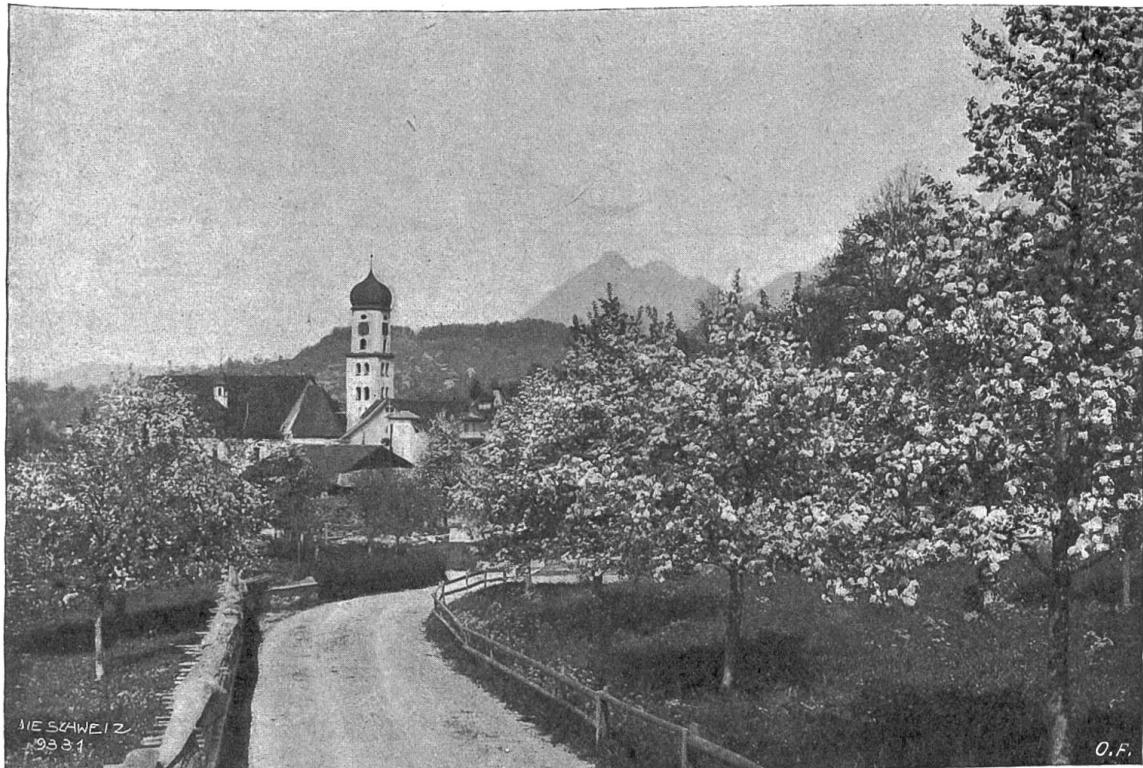
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Illustrierte Gundschau



Sachseln bei Sarnen, im Hintergrund das Stanserhorn. Phot. A. Krenn, Zürich.

Politische Uebersicht.

Zürich, 28. April 1921.

Am 16. Mai jährt sich zum erstenmal der Tag, an dem das Schweizervolk den Beitritt zum Völkerbund beschlossen hat. Dass die Weltlage nicht besser geworden und gerade heute wieder in ein kritisches Stadium trat, darf natürlich nicht als Beweis dafür angeführt werden, dass der „Versailler Völkerbund“, der „Bund der Siegerstaaten“ — und wie die Gegner der Organisation diese sonst noch zu nennen belieben — nichts tauge; denn erstens kann sich eine Liga, die noch sehr in den Windeln steckt, der noch nicht die Machtfülle zu Gebote steht, die ihr zugrunde liegende Idee zu verwirlichen, deren wesentlichsten Zielen gewisse Großmächte, gegen deren Wünsche Wilson die Schaffung der Liga gleichzeitig mit dem Versailler Friedensvertrag durchgesetzt hat, entgegenarbeiten, noch nicht in dem Maße als wirksam erweisen, dass sich die

Verhältnisse in der Welt wesentlich besserten, ganz abgesehen davon, dass die Haltung der Vereinigten Staaten der Sache der Menschheit großen Schaden zugefügt hat. Dann aber übersehen die Gegner beständig die Leistungen des Völkerbundes auf Gebieten, wo ihm von den noch immer von der Machtidee besangenen Mitgliedern keine Schwierigkeiten gemacht werden, und man darf auch nicht vergessen, dass der Pakt trotz allen berechtigten und unberechtigten Einwänden gegen ihn nun doch ein Bestandteil des internationalen Rechtes geworden ist, den gering zu achten schon die Klugheit jeden Politiker an leitender Stelle verhindern sollte, auch wenn die Liga noch nicht mit der Macht ausgestattet ist, Verlegerungen des Vertrages wirksam zu bestrafen. Dass der Völkerbund aus der Idee, die seit Jahrhunderten edle Geister erfüllt hat, zur Wirklichkeit wurde, dass er besteht, dass



Zürcher Sechseläuten (10. April 1921). Japanerinnen vom Kinderumzug. Phot. Edgar Witzig..

er auf gewissen Gebieten bereits tatsächliche Leistungen aufweist, das ist ein so gewaltiger Fortschritt, daß wir solange daran festhalten wollen und sollen, bis sich etwas Besseres an seine Stelle setzen läßt. Man nenne dieses Bessere, man schaffe es! Es kann nichts anderes sein, als — wieder ein Völkerbund; denn nur auf diesem Wege ist es möglich, die heil-losen Zustände in Europa zu bessern. Bereits gehören der Liga 49 Nationen, darunter frühere Feinde der Siegerstaaten, an — noch fehlt allerdings zu unserm Bedauern Deutschland darin, dessen Aufnahme aber, sobald das schwierige Reparationsproblem einmal gelöst ist, nichts mehr im Wege stehen sollte.

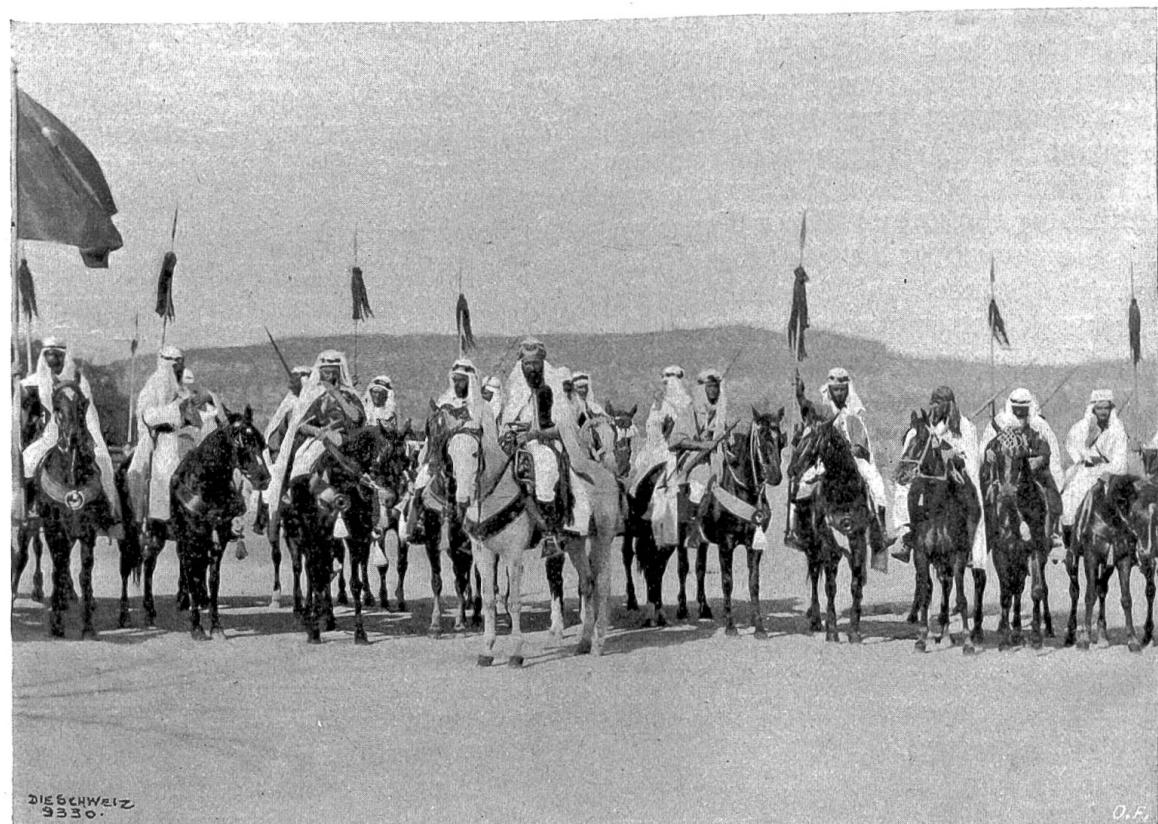
Dieses Problem steht gerade heute wieder im Mittelpunkte des Interesses. Am 1. Mai wird sich entscheiden, was weiter geschehen soll, ob der Plan, weitere Gebiete zu besetzen, von Frankreich durchgesetzt werde, oder ob auf der Grundlage der jüngsten Vorschläge der deutschen Regierung neue Verhandlungen möglich und endlich eine Regelung der außerordentlich wichtigen Angelegenheit be-schlossen und durchgeführt werden kann,

die den Verhältnissen besser angepaßt ist als militärische Besetzungen deutscher Territorien.

Der deutsche Außenminister Dr. Simons war für einige Zeit zu seiner Erholung im Tessin, wo er sich offenbar nicht untätig verhielt und als scharfer Beobachter die Stimmung bei den Neutralen wie bei den Alliierten einläßlich studierte. Ein Interview, das er einem französischen Journalisten gewährte, sollte die Meinung zerstreuen, als wolle Deutschland nicht bezahlen; und kaum zu Hause angelangt, wandte er sich an den neuen amerikanischen Präsidenten Harding mit einem Gesuch, die Rolle des Vermittlers und Schiedsrichters zwischen Deutschland und den Alliierten in der Reparationsfrage zu übernehmen. Die Erfüllung dieses Gesuches würde dem Frieden von Versailles widersprochen haben, und es war kaum zu erwarten, daß Amerika, obwohl es sich von allen Verhandlungen des Obersten Rates zurückgezogen hatte, gegen den Willen seiner Alliierten sich das Schiedsrichteramt anmaßen würde. Harding lehnte denn auch prompt ab. Aber er erklärte ausdrücklich

die Bereitwilligkeit der Vereinigten Staaten, der Entente geeignete deutsche Vorschläge zu übermitteln. Dabei ließ er die Deutschen nicht darüber im Zweifel, daß man von ihnen als den Hauptschuldigen am Weltkriege den guten Willen, an der Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete bis zur äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit mitzuwirken, erwarte. Zugleich wurde bekannt, daß Washington sich fortan wieder in der Reparationskommission und im Obersten Rat vertreten lasse. Simons ergriff sofort die Gelegenheit und richtete an die Vereinigten Staaten eine neue Note mit bestimmten Vorschlägen. Hiernach erklärte sich Deutschland bereit, die Gesamtverpflichtung von 50 Milliarden Goldmark Gegenwartswert anzuerkennen und den Wert dieser Summe in Annuitäten im Gesamtbetrage von 200 Milliarden Goldmark zu zahlen, und zwar auf folgende Weise: Es soll eine internationale Anleihe ausgelegt werden, deren Höhe, Verzinsung und Amortisation zu vereinbaren wäre. Deutschland wird sich an dieser Anleihe selbst beteiligen und ihr weitgehende Vergünstigungen gewähren. Der Ertrag dieser Anleihe soll den Alliierten

zur Verfügung gestellt werden. Den durch diese Anleihe nicht gedeckten Betrag wird Deutschland nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit verzinsen und amortisieren. Es will sich auch mit aller Kraft am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete beteiligen, sei es, daß es bestimmte Städte, Dörfer und Flecken selber übernimmt, sei es, daß es sich sonst in einer den Alliierten erwünschten Weise beim Wiederaufbau unter Tragung der Kosten betätigt. Deutschland ist u. a. ferner bereit, der Reparationskommission eine Milliarde Goldmark alsbald zur Verfügung zu stellen, und zwar 150 Millionen in Form von Gold, Silber und Devisen, 850 Millionen in Reichsschatzwechseln, die spätestens innerhalb drei Monaten in Devisen und ausländischen Wertpapieren eingelöst würden. Auch wäre Deutschland bereit, nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit Verpflichtungen der Alliierten aus ihren Schuldverhältnissen zu den Vereinigten Staaten auf sich zu nehmen. Ueber die Art und Weise, wie die deutschen Leistungen zu Reparationszwecken auf die deutsche Gesamtschuld anzuerkennen seien, soll nach Deutschlands Vorschlag eine Sachverständigenkommission verhandeln.



Zürcher Sechseläuten (11. April 1921). Beduinengruppe. Phot. Edgar Witzig.



Landsgemeinde in Glarus. 1. Mai 1921.

Den Geldgebern bietet Deutschland jede erforderliche Garantie aus öffentlichem Eigentum und öffentlichen Einkünften an. Auch diesmal stellt die deutsche Regierung leider Bedingungen: sofortiges Aufhören der Sanktionen, keine Verringerung der gegenwärtigen Basis der deutschen Produktion (womit Oberschlesien gemeint ist), Zulassung der deutschen Wirtschaft zum freien Weltverkehr und Entlastung von unproduktiven Ausgaben. Als Gegenwert für die Sanktionen könnten die Pfänder auf öffentlichen Einkünften in Betracht gezogen werden. Ob die Alliierten aber die polnischen Bergwerksbezirke Oberschlesiens Deutschland zusprechen werden? Und ob sie sich beim heutigen Stand der Markvaluta mit der Zulassung zum freien Weltverkehr einverstanden erklären können auf die Gefahr hin, ihre Industrie und ihren Handel durch die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt und im eigenen Lande lahmgelegt zu sehen? Dass mit den „unproduktiven Ausgaben“ die Okkupationstruppen gemeint sind, für deren Unterhalt Deutschland aufkommen soll, ist wohl kaum zweifelhaft.

Gewiss — das bisherige Verhalten Deutschlands in der Reparations- wie in der Entwaffnungsfrage mag bei den Alliierten ein nicht ganz unberechtigtes Misstrauen in den ehrlichen Willen der deutschen Regierung, die vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen, genährt haben; man mag — mit Recht oder Unrecht — den Verdacht geschöpft haben, die Deutschen befolgen eine hinterhältige Verschleppungstaktik, und die Schwäche der deutschen Regierung, das Dominieren der Großindustrie und der Konservativen in der deutschen Republik, die — wie das Benehmen der Bevölkerung kürzlich bei Anlass der Bestattungsfeierlichkeiten der in Holland verstorbenen ehemaligen deutschen Kaiserin aufs deutlichste bewies — vorläufig noch eine Konstitution ohne Republikaner zu sein scheint: all diese bedauerlichen Tatsachen mögen es jedem französischen oder Ententepolitiker schwer machen, über das Misstrauen in die Aufrichtigkeit oder in die Möglichkeit der Durchführung der deutschen Vorschläge Herr zu werden.

Daraus entsprang wohl auch vor etwa acht Tagen die Forderung der Repara-

tionskommission, den Goldbestand der Reichsbank als Pfand in das besetzte rheinische Gebiet zu verbringen, und als sich die deutsche Regierung mit Rücksicht auf die Valuta weigerte, dem Ansinnen zu entsprechen, das weitere Postulat, diesen Bestand im Betrag von einer Milliarde in Gold in die Tresors der Bank von Frankreich abzuliefern.

Noch besteht also offensichtlich die Gefahr, daß der Vorschlag, den der deutsche Außenminister auf eigene Verantwortung hin an Amerika gerichtet hat, wieder abgelehnt wird und daß, wenn Deutschland die nach den Rechenkünstlern der Reparationskommission noch bleibenden 12 Milliarden von der bis 1. Mai fälligen Zahlung von 20 Milliarden nicht begleicht, die Drohung Frankreichs ausgeführt wird. Was dann? Vermutlich noch grimmigerer Haß in Deutschland, den die Presse, da die verbreitetsten Tagesblätter zu einem großen Teil unter den Einfluß der Schwerindustrie geraten sind, gewissenhaft schüren wird. Aufs neue wird sich in Deutschland der Nationalismus gegen die Vergewaltigung auflehnen, wird die erzwungene Unterschrift unter das Versailler Schuldbekenntnis

für null und nichtig erklärt und ein passiver Widerstand gegen die Forderungen der Alliierten versucht werden. Frankreichs Vorgehen, das nichts anderes ist als Gewaltpolitik schlimmster Sorte, führt sicher nicht zum Ziele, und nur der Weg weiterer Verhandlungen unter Mithilfe der Vereinigten Staaten scheint uns die große Gefahr beschwören zu können, die durch den Militarismus — diesmal den französischen — der Welt droht.

Daz Frankreich im Bewußtsein seiner durch den Sieg errungenen Machtstellung in Europa auch die Versicherungen, für die Rechte der kleinen Nationen und Staaten zu kämpfen und zu bluten, vergessen zu haben scheint, haben wir schon im letzten Berichte bei Erwähnung der Zonenfrage hervorgehoben. Auf die dort kurz skizzierte Antwort aus Paris hat nun der schweizerische Bundesrat eine Duplik abgehen lassen, die jeden Vaterlandsfreund mit Genugtuung erfüllt hat. Bei aller Versöhnlichkeit im Tone befundet die neue schweizerische Note den festen Willen unserer obersten Landesbehörde, vom Standpunkt des Rechtes keinen Finger breit abzuweichen und darauf zu bestehen, daß die Verschiebung der Zoll-



Urner Landsgemeinde. 1. Mai 1921.

grenze an die politische Grenzlinie ohne das Einverständnis der Schweiz ein Gewaltaft gegen das internationale Recht wäre („un coup de force contraire au droit des gens“ lautet der Ausdruck in der Note des Bundesrates). Das ist deutlich und aufrichtig gesprochen, und man wird dem Bundesrat im weitern auch darin Recht geben, wenn er erklärt, es gebe nur zwei Wege, zu einem Abkommen, das beide Teile befriedigt, zu gelangen: die Fortsetzung der Verhandlungen zwischen den beiden Kontrahenten oder, wenn diese zu keinem Ziele führten, ein schiedsrichterliches Urteil. Sollte Frankreich neuerdings diese letztgenannte Lösung als seiner Würde widersprechend ablehnen, so läge der Verdacht nahe, es sei selber von seinem Recht,

Vertragspflichten eigenmächtig zu lösen, nicht felsenfest überzeugt. Der Bundesrat erklärte sich überdies eventuell bereit, gewisse Änderungen in der Struktur der Zonen in Erwägung zu ziehen, und betont, daß er, falls Frankreich darauf bestehen sollte, von sich aus den Zollkordon an die politische Grenze zu verlegen, alle nützlichen

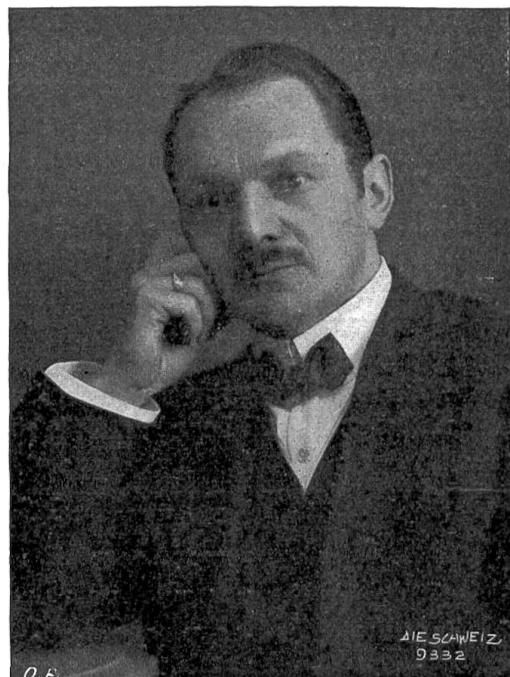
Schritte tun werde, die geeignet seien, der Schweiz ihr Recht zu verschaffen. Es ist traurig, daß sich ein kleiner Staat, der während des Weltkrieges wahrlich seinen Nachbarn nur Gutes tat, sich für sein gutes Recht gegen eine Großmacht wehren und sie an das Halten vertraglicher Pflichten erinnern muß, — dieselbe Großmacht, die ihrem Hauptgegner gegenüber so starr und unbeugsam die Erfüllung von Vertragspflichten fordert. Freilich — in Frankreich selbst erheben sich Stimmen, die gegen das Vorgehen der französischen Regierung in der Zonenfrage scharfen Protest einlegen, und wenn man den

jüngsten Meldungen aus Paris Glauben schenken darf, so stünde die Zonenfrage im Begriffe, in eine neue und bessere Phase zu treten. Warten wir ab! Vorläufig ist der französische Gesetzesentwurf über die Verlegung der Zollgrenze noch nicht ad acta gelegt.

Sonntag, den 24. April, hat trotz dem Veto der Alliierten im Tirol eine Abstimmung über den Anschluß an Deutschland (Bayern) stattgefunden deren Ergebnis bei einer Beteiligung von rund 76 Prozent der Stimmfähigen männlichen und weiblichen Geschlechts 129,838 Ja und 1576 Nein ergab. 98,6 Prozent erklärten sich also für den Anschluß. Eine starke alldeutsche Propaganda, die, wie man behauptet, u. a. von Stinnes finanziell unterstützt worden sei, hatte vorgearbeitet. Auch wird gemeldet, man habe die Anschlußgegner vielenorts gar nicht zur Urne zugelassen. — Jedenfalls hat diese Abstimmung nur den Charakter einer Kundgebung; an einen Anschluß Tirols an Deutschland ist bei der gegenwärtigen Stimmung in Alliertenkreisen, vor allem in Frankreich, vorläufig kaum zu denken.

Die Wiener Regierung konnte trotz den Mahnungen der Alliierten die Abstimmung nicht verhindern, die auch in Italien böses Blut machte, weil nur schlecht maskiert wurde, daß die Wiedergewinnung Deutsch-Südtirols von den Agitatoren angestrebt wird. Daß mit dem Resultat nun wacker alldeutsche Propaganda getrieben werden dürfte, ist zu erwarten. Vielleicht aber hat diese durchgezwangte Volksabstimmung doch den guten Erfolg, daß die Alliierten ihre kurz-sichtige Politik gegen Deutsch-Oesterreich einsehen...

Erfreulicher ist die Tatsache, daß in



Dr. Joseph Jakob Strebler, zum Bundesrichter gewählt am 14. April 1921. Phot. G. Wolfgruber, Vorau.

England der angedrohte Generalstreik, der mehrere Millionen Arbeiter zum Feiern gezwungen hätte, infolge des Vertrags der Tripelallianz, nicht eingetreten ist. Die Transportarbeiter und die Eisenbahner haben sich geweigert, in den Streik zu treten. Noch ist es allerdings zu keiner Verständigung mit den Grubenarbeitern gekommen; aber dank dem

Siege der gemäßigten Elemente in der englischen Gewerkschaftsbewegung konnte wenigstens die Katastrophe, die ein Stillstehen aller Betriebe nicht nur für England bedeutet hätte, vermieden werden. Hoffen wir, im nächsten Monatsbericht eine Einigung zwischen Gruberbesitzern und Bergarbeitern melden zu können.

H. M.-B.

Totentafel (vom 2. März bis 14. April). In Basel starb am 2. März im Alter von 66½ Jahren Prof. Dr. Albert Riggenbach an einem Herzschlag. Er war bis 1914 ordentlicher Professor für Astronomie und Vorsteher der astronomisch-meteorologischen Anstalt an der Universität Basel, als Lehrer und Gelehrter hochgeschässt.

In seinem väterlichen Hause zu Rapperswil starb am 2. März Dr. med. Ferdinand Curti, geb. am 22. Februar 1836. Nach Vollendung seiner medizinischen Studien praktizierte er in der Heimatstadt, siedelte dann nach den Vereinigten Staaten über, kehrte zurück und schlug nun eine politische Laufbahn ein. 1873 bis 1891 gehörte er als Mitglied und als Landammann dem Regierungsrat des Kantons St. Gallen an. 1891 trat er in den Zürcher Staatsdienst über und wurde Direktor der Strafanstalt, welches Amt er 29 Jahre lang bekleidete. Er hatte in seiner früheren Stellung den Umbau und Ausbau der st. gallischen Strafanstalt St. Jakob und die damit verbundene Strafvollzugsreform durchgeführt. In Zürich ergriff er sofort eine kraftvolle Initiative zur Aufgabe des alten Zuchthaus am Oetenbach, das aus den dortigen Klosterbauten herausgewachsen war. 1901 schon konnte die hauptsächlich nach seinen Ideen erstellte neue Strafanstalt in Regensdorf bezogen werden. Am 30. November 1920 trat er in den Ruhestand.

Am 3. März erlag alt Nationalrat Hermann Liechti in Murten einer Lungenentzündung. Er hatte am 12. Dezember 1920 noch den 70. Geburtstag gefeiert. Seine vielseitigen Verdienste liegen auf den Gebieten der Forstwirtschaft, der Politik, der Volkswirtschaft und der Pflege der Volkswohlfahrt. Seit 1914 als eidgenössischer Oberfeldkommissär mit der Regierung aller durch die Mobilisation und Befestigungsarbeiten hervorgerufenen Entschädigungsansprüche betraut, hat er unserm Lande große Dienste geleistet.

Am 5. März starb in Basel im Alter von 73 Jahren Dr. med. Paul Barth, eine markante Persönlichkeit. Von 1874 bis 1876 war er Assistenzarzt der chirurgischen Abteilung des Basler Bürgerspitals. In seiner späteren Praxis verschafften ihm sein menschenfreundliches und humorvolles Wesen, sein gesundes Urteil einen großen Wirkungskreis. An der Töchter- und Frauenarbeitschule erteilte er von 1891 bis 1919 den Unterricht in der Gesundheitslehre und in der Krankenpflege. Von 1878 bis 1881 war er Mitglied des Großen Rates und der

Prüfungskommission, von 1879 bis 1881 Mitglied der Inspektion der Mädchen-Sekundarschule, von 1892 bis 1898 Mitglied der Kirchensynode. In dem von ihm verfaßten Basler Neujahrsblatt für 1915 „Basler Bilder und Skizzen aus der Mitte des 19. Jahrhunderts“ hat er die alte Stadt mit Liebe und köstlichem Humor in fesselnder und anschaulicher Weise geschildert.

Der am 10. März in Solothurn einem Hirnschlag erlegene Senior der altkatholischen Geistlichen der Schweiz, a. Professor Joseph Meier, geb. 1832, war nach erfolgter Ordination (1857 bis 1869) Lehrer an der Kantonschule für Latein, Deutsch, Italienisch und Geschichte, um nachher vierzig Jahre lang ein eigenes Erziehungsinstitut zu leiten. Seit 1875 stellte sich Meier der christkatholischen Gemeinde Solothurn bereitwillig als Seelsorger und tüchtiger Prediger zur Verfügung, bis Pfarrer Arn. Bobst ihn ablöste.

In Zürich starb am 14. März, 68 Jahre alt, nach langer Krankheit der langjährige Waffenkontrolleur der V. Division, Major Alfred Brupbacher.

Am selben Tage ist in Lausanne der 60-jährige Alfonso Buillemin, seit 34 Jahren Sekretär der „Bibliothèque Universelle“ und der „Revue Suisse“ gestorben. Er war 1905 bis 1908 Präsident der Schweiz. Philatelistenvereinigung.

Am Morgen des 16. März verschied in Montreux im Alter von 53 Jahren Nationalrat Gustave Bethex, Direktor der „Feuille d’Avis de Montreux“, geb. 1868. Er besuchte die Ecole normale in Lausanne, erhielt 1886 das Lehrerpatent als Primarlehrer und war als Lehrer, dann seit 1900 als Redaktor an der „Feuille d’Avis de Montreux“ tätig. Es war seit 1901 Mitglied des Großen, seit 1905 des Kleinen Stadtrates, seit 1916 Mitglied des Kantonsrates und seit Oktober 1917 Nationalrat. In den Jahren 1910 und 1916 war er Präsident des waadtländischen Pressevereins, dessen Vorstand er seit der Gründung angehörte. Er ist Verfasser mehrerer Werke.

Am 16. März starb in Basel nach kurzer Krankheit Missionsinspektor D. Frohnmeyer. 1850 im württembergischen Ludwigsburg geboren, wurde er 1872 Lehrer im Basler Missionshaus und kam 1876 nach Indien, wo er als Lehrer und später als Leiter des Seminars in Kalikut während dreißig Jahren das indische Missionswerk förderte. 1906 kam er als Direktor für Indien nach Basel und entfaltete

eine reiche Tätigkeit. An der Universität vertrat er seit 1909 als Dozent die Missionswissenschaft. In den letzten Jahren sprach und schrieb er viel über die anthroposophische Geisteswissenschaft, deren Anfang er in Indien verfolgen konnte und deren Quellen er selbst genau kannte. Er war Ehrendoktor der theologischen Fakultät Basel.

Dekan Fröhlich, Pfarrer am Münster zu Schaffhausen, starb am 20. März an einer Lungenentzündung. Geboren war er 1864 im Pfarrhause zu Gebenstorf. Seit 1889 amtierte er zuerst in Thayngen, dann in Schaffhausen als Seelsorger. Schon 1907 stand er dem kantonalen Pfarrkonvente vor und nahm bald regen Anteil an der Schaffung der neuen Kirchenorganisation. Als diese 1915 in Kraft trat, wurde ihm das Präsidium des neu gebildeten Kirchenrates übertragen. Er leitete auch die Bibel- und die Missionsgesellschaft und das Altersasyl.

Am 21. März starb 71jährig in Zürich alt Polizeikommissär Heufer. Er war der Vater des gegenwärtigen Polizeiinspektors Heufer und stand 42 Jahre im Dienste, erst bei der kantonalen, später bei der städtischen Polizei.

In Zürich-Enge starb am 27. März alt Lehrer Eduard Leberli, geb. 1846 in Maur am Greifensee. Er wirkte als Lehrer zuerst in Strahlegg, 1869 bis 1871 war er Lehrer in Ebmatingen bei Maur, 1871 bis 1879 in Horben, 1879 bis zu seinem Rücktritt (1917) an der Realschule in Enge.

Gegen Ende März ist, 79 Jahre alt, der Direktor der kantonalen Erziehungsanstalten in Hohenrain (Luzern) Franz Joseph Roos, gestorben. Als Lehrer hat er 40 Jahre, als Direktor seit 1916 mit hervorragendem pädagogischem Geschick gewirkt.

Am 31. März starb in Palermo August Hirzel, schweizerischer Konsul, im Alter von 67 Jahren.

In Bern verschied am 4. April Notar Joh. Adolf Guggisberg, Prokurator der Generaldirektion der Schweiz. Volksbank im 63. Altersjahr.

In Dresden ist nach schwerem Leiden in der Nacht vom 5./6. April der Pfarrer der evangelisch-reformierten Gemeinde Dresden, Wilhelm Camper, gestorben. Er wurde geboren am 20. Juli 1842 in Winterthur, war 1865 bis 1873 Pfarrer in Aawangen und Lehrer der Religion an der Thurg. Kantonschule, 1875—1882 Prorektor der Höhern Mädchenschule und des Lehrerinnenseminaris in Winterthur und 1882 bis 1919 in Dresden, wo er auch eine Zeitlang Stadtverordneter war.

Ein Hirnschlag raffte in Zürich am 7. April den langjähr. Chef der städtischen Einwohner- u. Militärkontrolle, Oberstleutnant Jakob Bühl, im Alter von 70 Jahren hinweg. Der Verstorbene erblickte im Jahre 1851 im Zollikenberg das Licht der Welt. Ins militärische Alter

getreten, meldete er sich zur Kavallerie. Von 1891 bis 1907 war er Stabschef des Territorialkreiskommandos VI. In jungen Jahren sahen wir ihn als Instruktionsoffizier der Kavallerie. Als Hauptmann ist er zurückgetreten wegen Differenzen mit einem Vorgesetzten; doch wurde er vom Bund nachher noch verwendet als Pferdeeingäufser für die Kavallerie in Deutschland. Inzwischen hatte er seinen Wohnsitz nach Wollishofen verlegt und betätigte sich dort einige Jahre lang in der Landwirtschaft. Am 30. Dezember 1884 wählte ihn der Regierungsrat zum Kreiskommandanten des Kreises Amt und Unterland, und am 23. Juni 1890 zum Sekretär der zürcherischen Militärdirektion. Mit der Stadtvereinigung (1. Januar 1893) erfolgte sein Übertritt zur Stadtverwaltung als Chef der Militärkontrolle. Im Juli 1895 sind ihm dann vom Stadtrate auch die Funktionen eines Chefs der städtischen Einwohnerkontrolle übertragen worden. Der starke, aufrechte Mann erlitt vor Jahresfrist einen Schlaganfall, der ihn nötigte, seinen Rücktritt zu nehmen.

Am 14. April starb in Zürich, 79jährig, alt Lehrer Konrad Gachnang, 1862 bis 1900 Lehrer im Dienste der zürcherischen Volksschule. Im Sängerverein Harmonie Zürich, dessen Ehrenmitglied er war, zählte er zu den Senior-Veteranen des Vereins, dem er seit 1867 angehörte und als Hauspoet und Chronist stets wertvolle Dienste leistete. Er schrieb auch eine Vereinsgeschichte, die, den Zeitraum von 1841 bis 1908 umfassend, in der „Schweizerischen Musikzeitung“ erschien und dem Geschichtschreiber der „Harmonie“, Professor Schollenberger, wertvolles Material geliefert hat. Verschiedene Dichtungen Gachnangs sind in Musik gesetzt worden, so eine Märchendichtung „Sonnenblid“, die in der Komposition Aingerers 1900 vom Damenchor der „Harmonie“ zum erstenmal gesungen wurde, und ein „Bundeslied“. Ferner wird „Schulleben“ ebenfalls in Aingerers Komposition oft gesungen, auch gab er ein kostliches Kinderbuch „Jugendschätz“ heraus und redigierte mit Hardmeier-Jenny zusammen die „Freundlichen Stimmen an Kinderherzen“ während langer Jahre. Auf Gachnangs Initiative ist die Errichtung des Schweizerpalmdenkmales im Zürichhorn (1910) zu Ehren Leonhard Widmers und Zwiffigs zurückzuführen.

Am selben Tag verschied in Genf Professor Jules Nicole. Der Verstorbene, 1842 in Genf geboren, wurde im Jahre 1872 an die „Ecole pratique des hautes études“ in Paris und 1874 als Professor für griechische Sprache und Literatur an die Universität Genf berufen. Nicole veröffentlichte zahlreiche Werke, hauptsächlich über die griechischen Manuskripte in der Genfer Bibliothek und die alten Schriftrollen, die durch seine Fürsorge teils für die Bibliothek, teils auf seine eigene Rechnung in Aegypten angekauft worden waren.

Korrektur. In den Legenden zu den Bildern: S. 282 lies 1918 (statt 1908) und S. 285 „Winterlandschaft“ (statt Winterthur).

Redaktion: Hans Müller-Bertelmann, Zürich. **Druck der Buchdruckerei Berichtshaus, Zürich.**
Alleinige Inseraten-Annahme: Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Zürich, Basel, deren Filialen u. Agenturen.



Fritz Oßwald, Horgen.

Blumen. Oelgemälde.